

Julia Klöckner, MdL
Vorsitzende der CDU-Fraktion
im Landtag von Rheinland-Pfalz

„Misstrauensantrag gegen die Ministerpräsidentin“

Redebeitrag zur 7. Plenarsitzung des Landtags
Dienstag, 12. Juli 2016

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

12.07.2016

I. Amtseid der Ministerpräsidentin

Frau Ministerpräsidentin,

Sie haben im Oktober 2014 eine Regierungserklärung abgegeben zu Ihren **problematischen Infrastrukturprojekten** Hahn, Zweibrücken und Nürburgring.

Wörtlich sagten Sie damals:

„Unter meinem Vorgänger (...) wurden in der Vergangenheit Fehler gemacht. Aber: Ich denke anders, und ich habe auch anders gehandelt. (...)“

Sie ließen Ihre Rede enden mit dem **zentralen Satz**:

„Messen Sie mich daran (...).“¹

Dieser Satz sollte Vertrauen in Ihre Arbeit wecken, Sie würden bei den Großprojekten anders handeln als Ihr Vorgänger.

Vertrauen, Frau Dreyer, ist die entscheidende Währung in unserer repräsentativen Demokratie.

Sie forderten uns auf, man möge Sie an demdamals Versprochenen messen. Und genau das tun wir, Frau Ministerpräsidentin.

Die Fehler der Landesregierung am Nürburgring und am Hahn gleichen sich in frappierender Weise!

Frau Ministerpräsidentin, Sie haben erst kürzlich wieder einen **Eid geschworen**:

„Ich schwöre (...), dass ich mein Amt (...) zum Wohl des Volkes führen werde.“²

Dass Sie Schaden vom Land abwenden, Frau Ministerpräsidentin.

¹ Plenarprotokoll 16/79, S. 5264f.

² Amtseid, vgl. Art. 100 Abs. 1 der Verfassung für RLP

Die Rheinland-Pfälzer haben nun durch Ihr Handeln und Unterlassen am Hahn **Schaden aber erlitten**, mindestens 160 Mio. Euro mehr an Schulden haben sie zu tragen – und leider nicht für ein Erfolgsprojekt. Denn der Flughafen steht vor einer sehr ungewissen Zukunft.

II. Die gescheiterte Verkaufsprozess hat zu erheblichem Schaden geführt

Frau Ministerpräsidentin,

nach den Erfahrungen, die große Teile Ihres Kabinetts und auch Sie selbst am Nürburgring gemacht haben, sind die Vorgänge am Hahn, die **mangelnde Sorgfaltspflicht**, das Verhandeln mit offensichtlich unseriösen Geschäftspartnern noch weniger zu entschuldigen.

Wer hätte es nach all den vielen, desaströsen Erfahrungen am Nürburgring noch für möglich gehalten, dass ein Regierungschef sich noch einmal auf windige Geschäfte, auf Betrüger einlässt, nicht sorgsam mit Steuergeld umgeht und die Wahrheit nicht klar und deutlich kommuniziert. Und am Ende noch die Schuld auf andere schiebt. Das alles hatten wir schon einmal.

Aus den Reihen Ihres Kabinetts war in den vergangenen Tagen immer wieder zu hören, es sei **ja nicht nichts passiert**, es sei kein Geld verloren gegangen, man habe gerade noch rechtzeitig die Reißleine gezogen.

Vertrauen in Regierungshandeln ist nicht in Euro und Cent zu messen. Mit diesem Verkaufsprozess, der im Desaster endete, ist ein **erheblicher Schaden eingetreten.**

- Für den Flughafen **Hahn** und für seine Zukunft.
- Für das **Image** des Landes.
- Für das **Land** Rheinland-Pfalz.
- Zum Schaden der **Menschen** in der Region.
- Zum Schaden der **Steuerzahler**
- und zum Nutzen möglicher **Vertragspartner.**

Ihr Handeln hat zu einer misslichen Situation geführt, in der der **Käufer nun die Rahmenbedingungen** setzen kann. Es ist offensichtlich, dass Sie den Flughafen jetzt einfach nur noch loswerden wollen. Verhandlungen mit neuen Käufern auf Augenhöhe – die waren in der Vergangenheit möglich. Jetzt ist die Landesregierung in der Defensive. **Als Bittsteller.**

Kein Zufall. Kein Pech. Ergebnis Ihrer Regierungspolitik.

Es war eine aktive, bewusste Entscheidung von Ihnen als Regierungschefin, so vorzugehen: Sie mussten über die **Landtagswahl** kommen. Deshalb haben Sie der Öffentlichkeit nicht gesagt, wie es um den Hahn wirklich steht, dass Sie bereits so fortgeschritten waren mit dem potentiellen chinesischen Käufer, einem Hochstapler. Den unbekanntem chinesischen Käufer des verschuldeten Flughafens stuften Sie, Frau Dreyer, höchstpersönlich als seriös ein:

„Ich kann nur sagen, dass ich mich vergewissert habe, dass diejenigen, die die Verkaufsverhandlungen geführt haben, alles an Sicherheiten eingeholt haben, was möglich ist. Nach den Dingen, die wir haben überprüfen lassen, gab es für mich keinen Anlass, daran zu zweifeln, dass das ein seriöser Partner ist.»³

Sie haben die Marschrichtung vorgegeben. Viele haben Ihnen geglaubt. Das wussten Sie.

Anrede,

mit dem Flughafen Hahn haben die **Hunsrücker einmal große Hoffnungen** verbunden. Es schien, dass nach dem Abzug der amerikanischen Streitkräfte eine neue Perspektive für die Region geschaffen werden konnte.

Viele Hunsrücker waren und sind immer noch stolz darauf, dass man in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft in europäische Metropolen oder in südliche Ferienregionen fliegen kann. Und der Einzugsbereich des Flughafens ist beachtlich. **Fluggäste** kommen nicht nur aus benachbarten Bundesländern, sondern auch aus Frankreich, Luxemburg, Holland und Belgien.

Die **Anfangsjahre** des Flughafens verliefen vielversprechend. Es gab ein stetiges Wachstum von Passagieren und beim Frachtaufkommen.

³ Ggü. DPA am 6.6.2016

Weil der Betrieb des Flughafens aber von **öffentlichen Mitteln** abhängig ist, hatte die Landesregierung auch immer eine **besondere Sorgfaltspflicht** - einerseits als **Eigentümer** und andererseits als **Treuhänder** für die Steuerzahler.

Diese Sorgfaltspflicht haben die SPD-geführten Landesregierungen in inakzeptabler Weise vernachlässigt. Und das Jahr für Jahr mehr. Die **Fraport**, das Unternehmen, das am meisten von Flughäfen versteht, haben Sie weggeschickt. Das war mehr als leichtfertig!

Denn die Fraport wollte mehr Wirtschaftlichkeit. Die Fraport wollte ein neues Konzept, dem die CDU seinerzeit zugestimmt hat. Und die Fraport wäre in der Gesellschaft geblieben und hätte den **Defizitausgleich** bis zum Ende sogar dieses Jahres übernommen.

Um es noch mal vor Augen zu führen: Unser Bundesland hätte bis zum Ende dieses Jahres

- **keine Schulden** durch den Hahn gehabt,
- **keine Probleme mit Brüssel** gehabt,
- und **keinen Notverkauf** vornehmen müssen.

Die Haftung für die Verluste haben Sie alleine dem rheinland-pfälzischen Steuerzahler aufgebürdet.

Diese **Geschichte gehört zur Wahrheit dazu**. Ihre Geschichte fängt nämlich immer erst mit Brüssel an. Brüssel wäre gar nicht ins Spiel gekommen, wären Sie sorgfältiger vorgegangen.

Anrede,

auch wir sind für eine **Privatisierung des Flughafens**, haben schon viel früher als Sie darauf aufmerksam gemacht, dass dies notwendig ist.

Dass Sie den Hahn privatisieren, werfen wir Ihnen nicht vor. Aber dass Sie es **erst jetzt tun und wie Sie es tun, das** werfen wir Ihnen vor.

Die Landesregierung hat den Verkauf des Flughafens immer weiter verzögert. Erst die SPD alleine und später gemeinsam mit den Grünen haben Sie **kein Gesamtkonzept** für das Areal rund um den Flughafen entwickelt. Nur eine rechtzeitige Gesamtvermarktung hätte eine Chance für den Hahn bringen können.

Die Zeit wurde vertan, auch von Ihnen Frau Dreyer, in Ihrer Amtszeit als Ministerpräsidentin. **Das Marktumfeld wurde immer schwieriger.** Die Landesregierung hielt viel zu lange an einem Geschäftsmodell fest, als schon klar war, dass es nicht mehr tragfähig war. Es wurden immer weitere Millionen in den Flughafen gesteckt, obwohl klar war, dass diese Form des Betriebs so keine Zukunft mehr hatte. Es war ein Fiasko mit Ansage. Aber Sie warben um Vertrauen.

Und irgendwann war der Zug schlichtweg abgefahren. Es gab keine interessanten Investoren mehr.

Aber: Auch dazu haben Sie Frau Dreyer nicht in der Öffentlichkeit gestanden. Das ruft Misstrauen hervor.

Vor der Wahl hat die Landesregierung enorme Energie darauf verwendet, die Situation anders erscheinen zu lassen, als sie tatsächlich war.

Es war Ihnen wichtiger, die eigene Macht zu sichern, als ehrlich zu sein. Weil Sie das wussten, haben Sie öffentlich umso mehr betont, transparent zu sein.

Ihr Satz, Frau Dreyer, Sie handelten anders, als Ihr Vorgänger, wirkt vor allem, was wir jetzt wissen, nur noch wie eine Worthülse.

Sie haben ein anderes Bild von sich und Ihrem Handeln gezeichnet. Diesem Bild haben die Bürger vertraut. Jetzt sehen wir die ungeschminkte Wahrheit:

- 1) Ein zweifelhaftes, riskantes Projekt
- 2) Keine genauen Zahlen
- 3) Keine genauen Pläne
- 4) Windiges Geschäftsgebahren
- 5) Unbekannte Hintermänner
- 6) Öffentlichkeit und Parlament, die getäuscht werden.
- 7) Erst werden Käufer als seriös gelobt.
- 8) Kritische Nachfragen von Opposition und Journalisten sind unerwünscht und werden weggewischt.
- 9) Wenn dann die Wahrheit ans Licht kommt, sind andere schuld.

Aus diesem Grund ist unser Vertrauen in Sie erschüttert.

Sie wollten den Menschen in der Region nicht offenlegen, dass Ihre Politik gescheitert ist. Sogar noch nach der Wahl hätten Sie die Chance gehabt, Ihr Scheitern am Hahn öffentlich einzugestehen. Aber da hatten Sie Sorge, dass ein neuer Koalitionspartner abspringen könnte. Sie wollten es weiter schieben.

Jeder Tag ein Gewinn – nicht für die Region, aber für Sie.

Den Menschen in der Region wurde stattdessen suggeriert, dass es irgendwie schon weitergehen würde. Es wurden falsche Hoffnungen geschürt.

Die Menschen haben sich auf diese Zusagen verlassen:

- Die Bewohner des Hunsrücks,
- die örtlichen Unternehmer und die Arbeitnehmer.
- Und die Steuerzahler in ganz Rheinland-Pfalz, die den Unterrichtsausfall an den Schulen und das Fehlen von Polizisten erleben müssen.

Nicht Sie sind das Opfer, Frau Dreyer, verehrte Mitglieder der Landesregierung, sondern die Bürger in Rheinland-Pfalz sind das Opfer Ihrer Politik.

Frau Ministerpräsidentin,

manchmal sagen Bilder mehr als Worte: Es war am vergangenen Wochenende, da twitterte Ihr SPD-Fraktionsvorsitzender ein Foto von Ihrem Pressefest, Frau Ministerpräsidentin. Darauf waren Sie zu sehen – gemeinsam mit Herrn Schweitzer und den Fraktionsvorsitzenden von FDP und GRÜNEN. In ausgelassener Stimmung, bestens gelaunt, Untertitel: „*Und hier noch ein Ampel-Gruß vom Pressefest der Ministerpräsidentin gestern Abend*“⁴

Da bangen gerade Tausende Arbeitnehmer und ihre Familien im Hunsrück um Ihre Arbeitsplätze - und für Sie gibt es keine wichtigere Botschaft, als dass **die Stimmung in der Koalition gut ist!**

⁴ Tweet vom 9.7.2016, 9.38 Uhr

Wenn man sich die Geschichte des gescheiterten Verkaufsprozesses ansieht, dann ist die wichtigste Frage der Menschen am Hahn doch nicht, ob bei Ihnen der Koalitionsfrieden stimmt. Sondern sie wollen wissen, wie es für sie weitergeht, wie es so weit kommen konnte.

Sie haben bis heute nicht erklärt,

- warum Sie seit Jahren wichtige Entwicklungen ignoriert haben,
- warum Sie den Hahn absehbar in die jetzige schwierige Situation gebracht haben,
- und warum Sie zum Schluss nicht den Mut hatten, der Öffentlichkeit Ihr Scheitern einzugestehen.

Das wäre die letzte Reißleine gewesen. Es wäre eine Alternative gewesen, sich vor die Öffentlichkeit zu stellen und zu sagen:

„Es tut uns leid, aber wir haben keinen seriösen Käufer gefunden. Jetzt lasst uns gemeinsam überlegen, wie wir mit dieser Situation umgehen.“

Das haben Sie nicht getan, Frau Dreyer.

III. Das Parlament wird missbraucht

Anrede,

wenn wir heute hier im Parlament über das Vertrauen der Volksvertreter in Sie, Frau Ministerpräsidentin, sprechen, dann muss man auch über Ihren **Umgang mit dem Parlament reden.**

Sie haben uns ein **Gesetz** vorgelegt, über das wir in der Öffentlichkeit nicht diskutieren konnten, weil Sie die Unterlagen als geheim einstufte, weil Sie nicht wollten, dass die Öffentlichkeit davon erfährt. Maximale Transparenz?

Sie haben ein Gesetz vorgelegt, das die Öffentlichkeit ohne Lesehilfe gar nicht verstehen konnte, weil es mehrfach auf vertrauliche **Dokumente** verwies. Maximale Transparenz?

Diese Dokumente haben Sie dem Parlament erst auf unsere Nachfrage hin gegeben.

Und über Vieles dürfen wir heute auch hier wieder nicht sprechen – weil Sie die Unterlagen als „geheim“ deklariert haben. So viel **Vertrauensvorschuss** kann es einfach nicht mehr geben bei den Erfahrungen, die wir machen mussten.

Wenn es erst der Journalisten bedarf, die das machen, was am Naheliegendsten ist und diese in China den Bluff des von Ihnen als seriös eingestuften Käufers aufdecken - wie kann man denn da noch vertrauen?

IV. Intransparenz wird fortgesetzt

Auch jetzt ist Ihr Handeln immer noch nicht transparent.

1. Intransparent: Warum jetzt der Eilverkauf der Grundstücke?

Nachdenklich macht der **hohe Zeitdruck**, den Sie auch jetzt wieder aufbauen. Im Eilverfahren soll der Haushaltsausschuss am Donnerstag über den **Verkauf von Grundstücken** am Hahn entscheiden.

Nachdem der Verkauf an die Chinesen ein peinliches Ende genommen hat, soll nun ein **ehemaliger SPD-Staatssekretär** den Zuschlag erhalten.

Der aktuelle **Innen-Staatssekretär** war noch nicht wieder aus China zurückgekehrt, da verhandelte der **Kultur-Staatssekretär** bereits mit einem anderen Käufer über Grundstücke am Hahn. Als der Innenminister per Pressemeldung⁵ den Ausstieg der Chinesen verkündete, da saßen die Professoren Barbaro und Englert schon eine Stunde am Verhandlungstisch⁶. Auch das hat der Landtag im Übrigen aus den Medien erfahren.

Man muss es sich vor Augen führen: Sie haben gerade ein Desaster erlebt. Und offensichtlich nichts daraus gelernt.

Denn wir sehen bei Ihnen wieder die gleichen Mechanismen: Warum haben Sie auch das nicht offen und transparent kommuniziert, sondern in einer Nacht-und-Nebel-Aktion durchgezogen? Das wirft neue Fragen auf!

⁵ vgl. Tweet Mdl vom 6.7.2016, 14.56 Uhr.

⁶ Vgl. Interview von Prof. Siegfried Englert in RZ vom 8.7.2016

Was soll also Ihr Versprechen von maximaler Transparenz?

Frau Dreyer, das Haltbarkeitsdatum Ihres Versprechens der maximalen Transparenz ist bereits nach vier Wochen abgelaufen. Eigentlich war dieses große Wort von der "maximalen Transparenz" von Anfang an ein **Ablenkungsmanöver**.

Anrede,

dabei hat der neue Käufer für den Hahn noch gar **keinen Businessplan** vorliegen. Oder – um es mit den Worten Ihres Beratungsunternehmens KPMG zu sagen: Der Businessplan des neuen Käufers war wesentlich weniger „*detailliert*“ als der des jetzt aufgefliegenen Chinesen⁷. Nun, wir haben den Businessplan des chinesischen Geschäftspartners gesehen. Wir dürfen über seinen Inhalt nicht reden, weil Sie es untersagen, aber so viel kann ich wohl sagen:

Wenn der deutlich detaillierter ist, als der des neuen Käufers, dann müssen Sie der Öffentlichkeit Einiges erklären. Vertrauen reicht hier alleine nicht mehr aus.

Der neue Käufer, Frau Dreyer, gibt in einem Zeitungsinterview zu: Er braucht noch mindestens ein Vierteljahr, bis er ein realistisches Konzept hat und er weiß auch noch gar nicht, ob er später auch den Flughafen kaufen wird⁸.

- Warum geben Sie ihm dennoch jetzt schon Grundstücke?
- Geben Sie damit nicht bereits jetzt den einzigen Trumpf aus der Hand, den Sie in den späteren Verkaufsverhandlungen noch haben?
- Warum diese Hektik?
- Warum brauchen Sie so dringend dieses Geld?
- Warum setzen Sie das Parlament erneut einem derart hohen Zeitdruck aus?
- Warum beantworten Sie auch diese Fragen nicht klar und transparent?
- Warum auch hier schon wieder diese Intransparenz?

Sie sagen dazu nichts. **Maximale Transparenz – das gilt für Sie nur bei angenehmen Wahrheiten.** Kein Einzelfall. Wer es nötig hat, zu kaschieren, sät Misstrauen. Zeit für eine Zäsur.

⁷ Vgl. Protokoll der gemeinsamen Sondersitzung des Wirtschafts-, Haushalts- und Rechtsausschusses am 9.6.2016, S. 12

⁸ RZ v. 8.7.2016

Anrede,

stutzig macht uns auch: Mit welchem **Ergebnis kam der Staatssekretär aus China zurück?** Unterlagen seien gefälscht. Und auch das hat er nur mündlich erfahren; die schriftliche Bestätigung käme noch.

- 1) Musste er dafür wirklich nach China reisen?
- 2) Hätte man das nicht auch über das Konsulat abwickeln können?
- 3) Oder ging es auch hier um einen wohlinszenierten Effekt, um die Bilder?

Frau Ministerpräsidentin, in Ihrer ersten Regierungserklärung hat der Begriff der Transparenz eine große Rolle gespielt. Sie sagten:

„Unsere Demokratie ist eine Sache mündiger und gut informierter Bürger und Bürgerinnen. Hier hat die Politik eine Bringschuld, sie muss sich erklären, ihre Vorhaben und Entscheidungsgrundlagen nachvollziehbar machen, veröffentlichen, Barrieren abbauen, sich öffnen. Sie muss transparenter werden (...).“⁹

Ich würde es Ihnen gar nicht so zum Vorwurf machen, wenn Sie es nicht selbst zum Maßstab Ihrer Glaubwürdigkeit gemacht hätten.

2. Intransparent: Welche Rolle spielte die Staatskanzlei?

Frau Ministerpräsidentin,

Sie haben in Ihrer Rede im Landtag in der vergangenen Woche sehr großen Wert darauf gelegt, dass Sie und die Staatskanzlei nur das Beihilfeverfahren begleitet hätten. Erfolgreich.

Alles andere hätten Innen- und Finanzministerium erledigt. Weniger erfolgreich.

Wörtlich sagten Sie:

„Für die Begleitung des Beihilfeverfahrens habe ich damals auch ein Beihilfeteam in der Staatskanzlei errichtet sowie eine Taskforce unter Federführung des Innen- und des Finanzministeriums eingerichtet. (...) Es gab keine Taskforce in der Staatskanzlei, noch nie, es gab ein Beihilfeteam, und das Beihilfeteam hat seine Arbeit erfolgreich beendet,

⁹ Plenarprotokoll 16/42, S. 2581

(...). Und es war ein Erfolg, dass die Beihilfeverfahren am 1. Oktober 2014 positiv entschieden werden konnten.“¹⁰

Frau Dreyer,

Sie haben mit dieser Äußerung den Eindruck erweckt, dass die Staatskanzlei seit dem 1. Oktober 2014 mit dem Verkauf nichts mehr zu tun hatte.

Schuld sei nur der Innenminister. Sie wollen an ihm festhalten.

Diese Aussage ist mehr als interessant, wenn man sich die **Unterlagen ansieht, die uns am vergangenen Freitag aus dem Innenministerium erreichten.**

Frau Dreyer, es gibt eklatante Widersprüche zu Ihrer Aussage!

Denn offenbar war es der von Ihnen in die Staatskanzlei geholte Beihilfeexperte, Herr Dr. **Traupel**, der seinerzeit die Firma KPMG ins Boot holte! Es war also die **Staatskanzlei**, Herr Dr. Traupel handelte in **Ihrem** Auftrag. In einem Schreiben von KPMG an die Landesregierung aus Januar 2013 heißt es:

„In vorgezeichneter Angelegenheit nehmen wir Bezug auf unser Gespräch mit Dr. Traupel am 29. Januar 2013. Selbstverständlich sind wir gerne bereit, die rechtliche, insbesondere EU-beihilferechtliche und vergaberechtliche Beratung des Landes Rheinland-Pfalz im Zusammenhang mit der Restrukturierung der Flughafen-Frankfurt-Hahn GmbH und einem etwaigen Investorenauswahlverfahren zu übernehmen.“¹¹

Es geht weiter:

Der Vertrag mit KPMG trägt die **Unterschrift** Ihres Beihilfeexperte aus der Staatskanzlei¹². Die Vergütungsvereinbarung mit KPMG: Sie trägt die gleiche Unterschrift¹³ - Bezug zur Staatskanzlei.

¹⁰ Plenarsitzung am 7.7.2016

¹¹ vgl Vorlage 16/118, Bl. 3

¹² vgl Vorlage 16/118, Bl. 10

¹³ vgl Vorlage 16/118, Bl. 12

Es geht weiter:

Im August 2015 schrieb KPMG eine E-Mail an das Land. In dieser Mail empfahl KPMG eine weitergehende Recherche zum Hintergrund der einzelnen Bieter. Es ging darum, welche Erkundigungen über die Hahn-Bieter eingeholt werden sollten. In dieser E-Mail heißt es „*Im Nachgang auch zur Besprechung in der Staatskanzlei (...) möchten wir Sie heute um eine Rückmeldung zu folgender Handlungsempfehlung bitten.*“¹⁴ Also doch Staatskanzlei, Frau Dreyer. Und Sie zeigen aufs Innenministerium.

Adressat dieser Mail – neben zwei Vertretern des Innenministeriums: Ihr Beihilfeexperte aus der Staatskanzlei, Dr. **Traupel**. Und Ihr Chef der Staatskanzlei, Herr **Hoch**, saß „cc“ ebenfalls im Verteiler. August 2015 – da war das Beihilfeverfahren doch längst abgeschlossen. Die Staatskanzlei war trotzdem noch mit im Boot.

Frau Ministerpräsidentin, KPGM wurde durch einen **Mitarbeiter Ihrer Staatskanzlei** ins Boot geholt – auch für das Verkaufsverfahren. Ihr Mitarbeiter der Staatskanzlei hat die Vergütungsvereinbarung an KPMG unterschrieben. Ihr Mitarbeiter und Ihr Chef der Staatskanzlei – wie Sie ein Jurist - waren im Verteiler, als es um die Überprüfung der Geschäftspartner durch KPMG ging. Und während des Verfahrens gab es eine **zentrale Besprechung, in Ihrer Staatskanzlei.**

Und bei dieser Aktenlage stellen Sie sich hier hin und tun so, als hätten Sie mit dem Verkaufsprozess nichts zu tun gehabt?

Anrede,

die Landesregierung hat in den vergangenen Tagen immer wieder betont: KPMG sei für die Überprüfung der Käufer zuständig gewesen. KPMG habe ausgewählt. Und darauf habe man sich zu sehr verlassen.

Heute lesen wir in der Rheinpfalz: Es gab sehr wohl auch aus der Landesregierung Warnungen vor den chinesischen Käufern. Im Finanzministerium habe es kritische Fragen gegeben.

Liebe Kollegen, - insbesondere der FDP und der GRÜNEN: Wussten Sie das?

¹⁴ vgl Vorlage 16/118, Bl. 13

Offensichtlich hat die Landesregierung, hat die Ministerpräsidentin wieder nicht die Wahrheit gesagt. **Wir fragen uns: Was kommt noch?**

Nach wie vor unklar: Was lag dem Kabinett bei seiner Entscheidungsfindung vor?

Anrede,

welche Unterlagen lagen dem Kabinett bei seiner Entscheidung vor?

Was haben Sie sich angesehen, als Sie dort die Hand für den Verkauf hoben?

- 1) Haben Sie, Frau Dreyer, den Businessplan des chinesischen Käufers gelesen?
- 2) Wenigstens eine Zusammenfassung seiner wesentlichen Punkte?

Ich habe es bereits in der vergangenen Woche gesagt: Jeder, der sich im Aktenraum nur eine Stunde lang mit diesen Unterlagen beschäftigt, erkennt, dass da etwas nicht stimmen konnte.

Das wichtigste Konversionsprojekt im Land: Das hätte Sie interessieren müssen! Haben Sie den Businessplan gelesen, in dem der Investor erklärt hat, was er aus dem Hahn entwickeln will? Oder hat es Sie nicht interessiert? **Sie sind uns diese Antwort immer noch schuldig.**

Warum haben wir kein Vertrauen mehr in die Landesregierung?

Niemand in der Landesregierung bekennt sich zu seiner Verantwortung

Frau Ministerpräsidentin,

bis heute haben wir noch kein klares Wort von Ihnen zu Ihrer Verantwortung gehört. Sie haben gesagt, es sei ein schlimmer Fehler passiert. Ja, das ist richtig. Es gab grobe Fehler. Aber wer hat sie gemacht? Wer steht dafür gerade?

Wie Ihr Vorgänger Kurt Beck sieht Ihr Sprachgebrauch nur vor, **"es" wurden Fehler gemacht**. Sie sagen selbst nach den aufgedeckten Vorfällen noch nicht einmal: Ich habe Fehler gemacht.

Herr Lewentz hat in der Plenardebatte in der vergangenen Woche nur ein einziges Mal gesagt: **Es tut mir leid**. Das bezog sich aber nicht auf den Hahn, sondern darauf, dass er aus vertraulichen Unterlagen zitiert hatte.

Und Herr Schweitzer sagte: „*Die SPD steht zu dieser Verantwortung*“¹⁵.

Herr Schweitzer, **Verantwortung und Haftung gehören zusammen**. Wenn die Übernahme von Verantwortung nicht von Taten begleitet wird, ist dieser Satz nichts wert. Und wahrscheinlich eher der Versuch, ein Signal an einen Koalitionspartner zu setzen, der allmählich kalte Füße bekommt. **Sie delegieren die Verantwortung**.

Frau Dreyer delegiert die Verantwortung auf Herrn Lewentz, sie habe mit dem Verkauf nichts zu tun gehabt und es gelte das Ressortprinzip, sagte sie.

Das Innenministerium hätte den Prozess noch enger begleiten müssen, sagte Frau Dreyer¹⁶. Nach Lesart der Ministerpräsidentin war also das Innenministerium schuld. Trotzdem bleibt Herr Lewentz im Amt.

Dazu sagten Sie der BILD-Zeitung, der Minister müsse sich darum kümmern, „*dass das Verkaufsverfahren auch erfolgreich beendet wird*.“¹⁷

- 1) Warum verhandelt dann aber plötzlich der Wissenschaftsstaatssekretär den Verkauf der Grundstücke?
- 2) Da fragt man sich doch: Brauchen Sie Herrn Lewentz wirklich, um das Verkaufsverfahren abzuschließen?
- 3) Oder brauchen Sie ihn als „**Bad Bank**“ für alles, was in den kommenden Wochen und Monaten noch kommt?
- 4) Herr Lewentz wiederum delegiert die Verantwortung auf Herrn Stich. Oder warum sonst hat er die Aufklärung in China ihm überlassen?

¹⁵ Plenarsitzung am 7.7.2016

¹⁶ BILD 9.7.2016

¹⁷ BILD 9.7.2016

Und er zeigt auf die Beratungsgesellschaft KPMG – auf die habe man sich zu sehr verlassen¹⁸. Und dennoch setzen Sie auch jetzt, in der nächsten Verkaufsrunde, wieder auf die Beratung von KPMG. **KPMG sei bereits eingearbeitet, sagen Sie.** Ins Falschberaten oder doch eher ins Kopf-Für-Sie-Hinhalten?

Frau Ministerpräsidentin,

Sie und Ihre Regierung gehen derzeit mit größerem Engagement an die Delegation von Verantwortung, als an die Lösung des eigentlichen Problems heran.

Anlässlich Ihrer **Kabinettsumbildung** im November 2014 machten Sie deutlich, dass ein Rücktritt bedeutet, politisch die Verantwortung zu übernehmen. Wörtlich sagten Sie:

„Es gehört aber zum Wesen von Politik, dass auch abgesicherte, fundierte Entscheidungen sowie die beste Absicht nicht die politische Verantwortung nehmen. Durch die Rücktritte wird der Weg frei gemacht, dass wir den Blick nach vorne richten können.“¹⁹

Heute sagen Sie:

„Verantwortung zu übernehmen, heißt für mich nicht sofort, einen Minister zu entlassen.“²⁰

- 1) Was muss in diesem Land eigentlich noch alles passieren, damit sich in Ihrer Regierung jemand zu seiner Verantwortung bekennt?
- 2) Was muss passieren, damit in Ihrer Regierung jemand wegen eines Fehlers zurücktritt und Verantwortung und Haftung zusammenkommen?
- 3) Was heißt für Sie „Verantwortung“?

¹⁸ RZ 11.7.2016

¹⁹ <https://www.rlp.de/fr/aktuelles/einzelansicht/news/detail/News/dreyer-stellt-neues-kabinettt-vor/>

²⁰ BILD 9.7.2016

3. Rolle der Koalitionäre - Misstrauensantrag

Frau Dreyer hat vor der Landtagswahl mit einer **persönlichen Integrität** geworben und versprochen, ein Desaster wie am Nürburgring werde sich nicht wiederholen. Bereits dort hat sie sich im Insolvenzverfahren in der Öffentlichkeit persönlich gegenüber dem Käufer, Herrn Wild, stark exponiert, der dann schon die zweite Rate nicht zahlen konnte. Der Verkauf platzte. Nun wiederholt sich das am Hahn. Die Koalitionäre empören sich, dass wir der Ministerpräsidentin das Misstrauen aussprechen.

Dazu möchte ich einfach einen Kommentar aus der heutigen Rheinpfalz, Rolf Schlicher, zitieren:

"Auch der Misstrauensantrag gegen Dreyer ist nicht überzogen, wie jetzt SPD-Fraktionschef Alexander Schweitzer glauben machen will. Er ist kein Vorschlaghammer. Der Antrag ist vielmehr die passende Antwort des Opposition auf das schier unglaublich schlampige Agieren der Landesregierung beim Hahn-Verkauf. Hätte ein Manager eines Wirtschaftsunternehmens sich solch eine Luftnummer geleistet, er müsste ganz sicher gehen. Dreyer muss sich schon deshalb dem Misstrauensvotum stellen, weil sie in ihrer Verteidigungslinie selbst aufgedeckt hat, dass sie sich gar nicht groß um den Hahn-Verkauf gekümmert hat. Mit den chinesischen Käufern habe sie persönlich keinen Kontakt gehabt, sagt sie. Aus Sicht Dreyers soll das für sie entlastend sein. Doch dieses Eingeständnis zeigt nur, wie kopflos die Regierung bei wichtigen Entscheidungen handelt."

Und die Rheinzeitung von heute bringt es weiter auf den Punkt:

"Politisch ist die Hahn-Affäre für (die FDP) ein GAU. Erst wenige Wochen in der Regierung, werden sie unweigerlich in den Sog der gescheiterten Verkaufsverhandlungen im Hunsrück gezogen. "

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihre Fraktionsvorsitzenden haben bereits angekündigt, dass sie in zwei Tagen einstimmig abstimmen werden.

Das tat der damalige Fraktionsvorsitzende Hendrik Hering (August 2012, Landtagsprotokoll) auch:

"Es gibt keine inhaltliche Alternative zur Politik der Landesregierung, aber es gibt auch keine personelle Alternative zu Ministerpräsident Kurt Beck. Wir werden gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten, gemeinsam mit Kurt Beck, auch die Probleme am Nürburgring lösen."

Was übrig geblieben ist, wissen wir. Herr Schweitzer sprach neulich auch davon, dass es keine Alternative zum chinesischen Käufer gebe. Diese Aussage ist bereits überholt.

Anrede, Mehrheit bedeutet nicht immer Richtigkeit.

4. Die Ministerpräsidentin hat bewusst ihren Amtseid gebrochen

Frau Ministerpräsidentin,

Sie haben in voller Kenntnis der Risiken gehandelt:

Der Businessplan, über den wir hier nicht reden dürfen – er hat niemanden stutzig gemacht. Die Warnungen und Hinweise von KPMG hatten keine Konsequenz. Warum? Keiner war vor Ort – vor Vertragsschluss wohlgermerkt.

- Das schreit doch förmlich danach, als hätten Sie Vieles gar nicht wissen wollen.
- Sie hätten es aber wissen können.
- Wenn Sie gewollt hätten.
- Und deshalb können Sie nun Vieles nicht erklären.

Wie ist es wirklich gelaufen?

Sie saßen tief in der Schuldenfalle. Die Geschäftszahlen sind verheerend. Und dann mussten Sie schnell handeln. Sehr schnell handeln. Denn: **Kredite werden fällig. Sie brauchen dringend Geld. Frisches Geld.**

Und haben nur drei Angebote auf dem Tisch. Zwei davon bringen kein frisches Geld. Der Dritte verspricht viel frisches Geld. Mit zu vielen Versprechungen, die dermaßen illusorisch sind, dass sie nie und nimmer geglaubt werden konnten.

Frau Dreyer, Herr Lewentz, am Ende zählen nicht leere Versprechen, Hoffnungen und Prognosen. Sondern nüchterne Zahlen und Fakten.

Frau Dreyer, der Presse haben Sie am Wochenende gesagt, Sie seien jetzt auf Fehlersuche. **Dabei liegt der Fehler auf der Hand und vor Ihrer eigenen Tür.** Er war absehbar. Weil Sie am Hahn, genauso wie am Nürburgring, aus Macht- und Parteiinteressen heraus handeln. Weil Ihnen eigennützige Motive und Überlegungen wichtiger sind als die Interessen der Menschen vor Ort, der Bürger, der Steuerzahler.

V.

- Wichtiger als besonnenes Regierungshandeln.

Nein, Sie haben nicht dilettantisch gehandelt.

Dieser Vorwurf trifft es nicht.

- Sie haben sich bewusst für einen Weg entschieden, der höchst riskant und unsicher war und der es weiter ist. Und vor dem viele warnten und warnen.
- Sie haben in Kauf genommen, eine ganze Region nicht nur zu enttäuschen, sondern zu täuschen.
- Sie haben vor und nach der Landtagswahl alles versucht, um den Eindruck zu erwecken, dass bald eine neue, bessere Zeit für den Airport hereinbricht. Der Hahn gestärkt in die Zukunft fliegt.
- Sie haben bewusst einen Käufer ausgewählt, von dem klar war, dass er den Hahn niemals in eine gute Zukunft führen kann.

Die Zeit drängte.

Sie brauchten Geld, um auslaufende Kredite abzulösen. Es wurde immer enger, für den Hahn und die Landesregierung. Und da war Ihnen zum Schluss jedes Mittel recht. Diesen Mühlstein wollten Sie loswerden. Nichts mehr mit dem Hahn zu tun haben. Abstoßen um jeden Preis. Vor dem Herbst. **Das war und das ist Ihre Devise.**

Das alles hat nichts, gar nichts mit verantwortungsvollem Regierungshandeln zu tun!

Und deshalb, Frau Ministerpräsidentin, vertrauen wir Ihnen nicht mehr.

Je mehr Details und Abläufe ans Licht kommen, desto klarer wird Ihre direkte, Ihre persönliche Verantwortung.

Noch bevor der Vertrag zum Verkauf des Flughafens Hahn an das chinesische Phantom unterschrieben war, gab es vom **Finanzministerium Zweifel**, ob Seriosität, Liquidität und Bonität genügend geprüft wurde.

Frau Dreyer, der eine Minister gibt grünes Licht, die andere Ministerin nicht. ZU entscheiden hatten Sie. Sie haben sich für das grüne Licht entschieden. Ein Fehler. Warum legen Sie nicht den **Prüfbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG vollständig offen?**

Jeder Abgeordnete, der da blind noch Vertrauen hat, sollte in sich gehen.

Frau Dreyer, handeln Sie am Hahn wirklich als Sachverwalter von Bürgerinteressen?

Oder ist Ihnen ist das eigene Image und das Ihrer Regierung, der SPD wichtiger?

Sie sind das Risiko, den Hahn in eine ungewisse Zukunft zu schicken, bewusst eingegangen.

Sie wussten doch die ganze Zeit, wie die Lage tatsächlich ist und auf welch dünnem Eis Sie sich bewegen. Aber Sie wollten sich rasch der Verantwortung für eines der wichtigsten Infrastrukturprojekte des Landes entledigen. Wenn das Klammern an der Macht stärker wird als das Verantwortungsgefühl für die Menschen – dann ist das bitter, Frau Dreyer.

Sie haben geschworen, Ihr Amt „zum Wohl des Volkes“ zu führen. „Zum Wohl des Volkes“ – dazu gehört auch, Schaden vom Land abzuwenden. Aber Sie haben großen Schaden in Kauf genommen. Und das nicht zum ersten Mal.

Deshalb Frau Dreyer, ist unser Vertrauen in Sie erschüttert.

Deshalb setzen wir ein Zeichen. Um deutlich zu machen:

- Sie vertreten nicht neutral die Interessen der rheinland-pfälzischen Bürgerinnen und Bürger.
- Sie wenden Schäden für Rheinland-Pfalz nicht ab, sondern lassen Sie bewusst zu.
- Sie handeln grob fahrlässig bei einem zentralen Infrastrukturprojekt des Landes.
- Sie verletzen Ihren Amtseid.

Die CDU-Fraktion macht zugleich mit dem Misstrauensantrag deutlich, wie sehr wir Ihr Gebaren und Ihre Geschäftspraktiken am Hahn ablehnen. Gradmesser für einen Misstrauensantrag ist nicht der Zeitpunkt seiner Einbringung, sondern die Schwere der Verfehlungen der Regierungschefin.

Sie sind leichtfertig mit Steuerzahlergeld umgegangen.

Sie haben das Vertrauen und die Hoffnungen einer ganzen Region enttäuscht.

Von Menschen, die sich auf Sie und die Glaubwürdigkeit Ihrer Worte verlassen haben.

Frau Dreyer,

Artikel 99 unserer Landesverfassung sagt:

"Der Ministerpräsident, die Landesregierung und die Minister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Landtages."

Mit Ihrer Politik haben Sie sich selbst die wichtigste Regierungsgrundlage entzogen:

Vertrauen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir rufen Sie auf, in zwei Tagen das Handeln der Landesregierung unter Ministerpräsidentin Dreyer am Hahn zu bewerten.

Damit entscheiden Sie über ein „Weiter So“ oder über ein Innehalten in der rheinland-pfälzischen Landespolitik.

Sie bekunden, ob Sie sich hinter das bisherige Vorgehen stellen - oder signalisieren: Wir brauchen den Neustart. Wir alle haben vom Wähler einen Auftrag erhalten.

Bei der Mandatsausübung sind wir nur unserem Gewissen unterworfen.

Das heißt, unserer persönlich-politischen Überzeugung von dem, was für das Gemeinwohl das Förderlichste ist.